

Bundesagentur für Arbeit richtet Vermittlungsstelle ein

Schwerbehinderte Akademiker unterstützen

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat eine spezielle Vermittlungsstelle für schwerbehinderte Akademikerinnen und Akademiker eingerichtet. Aufgabe der Vermittlungsstelle ist es, diese Personengruppe beim Übergang auf den Arbeitsmarkt gezielt zu unterstützen. Der Service ist in der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der BA in Bonn angesiedelt. Er wendet sich an Arbeitgeber, die Hochschulabsolventen mit Schwerbehinderung einstellen möchten.

Die Zahl arbeitsloser Akademikerinnen und Akademiker steigt – entgegen dem allgemeinen Trend – weiter an: Im Juni 2012 waren bundesweit 6870 Akademiker/-innen mit Schwerbehinderung arbeitslos gemeldet. Gründe hierfür sind die zunehmende Zahl schwerbehinderter Hochschulabsolventen sowie die schlechteren Studienbedingungen für schwerbehinderte Studierende. Daraus ergeben sich schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Jedoch gibt es darüber hinaus weiterhin auch Vorbehalte bei der Arbeitgeberschaft, schwerbehinderte Akademiker einzustellen.

Kooperationen und Projekte zur Inklusion

Die Arbeit der Vermittlungsstelle für schwerbehinderte Akademiker/-innen fußt auf drei Säulen: a) Beratung der Arbeitgeber zur Einrichtung, Ausstattung und Finanzierung von Arbeitsplätzen sowie zur Unterstützung bei der Beschäftigung schwerbehinderter Akademiker b) gezielte, passgenaue Vermittlungsangebote für schwerbehinderte Akademiker sowie c) Kooperationen und Projekte zur Inklusion schwerbehinderter Akademiker mit Arbeitgebern und Interessensverbänden. Die Vermittlungsstelle führt in Zusammenarbeit mit Beratungsstellen der Hochschulen und dem Deutschen Studentenwerk Info-Veranstaltungen für Absolventen mit Behinderung durch. Auch berufserfahrene Akademiker/-innen können in den Bewerberpool der ZAV aufgenommen werden. Zudem werden zahlreiche Projekte initiiert. So werden z. B. zusätzliche Stellen – vorrangig im Öffentlichen Dienst und in der Wissenschaft – geschaffen. Infos zu den Angeboten sind im Internet erhältlich unter: <http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/besondere-Dst/ZAV/Downloads/SB/sb-AG-Flyer.pdf> oder können an ihrem Dienstsitz (53123 Bonn, Villemombler Straße 76) angefordert werden. Per E-Mail ist das Team unter ZAV-Bonn.SBAkademiker@arbeitsagentur.de erreichbar. Der SoVD unterstützt die Angebote der ZAV und setzt sich dafür ein, dass diese noch bekannter werden. ct

Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen Armutsgefährdung

Niedriglöhne machen arm

Die Nationale Armutskonferenz (NAK) hat die Einkommen in Deutschland untersucht. Dabei kommt auch sie zu dem Ergebnis, dass die Armutsgefährdung in Deutschland gewachsen ist. Schuld ist der Analyse nach vor allem der Niedriglohnssektor, in dem hierzulande fast jeder Vierte arbeitet.

Der erstmals herausgegebene Schattenbericht soll ein Gegenentwurf zum alle vier Jahre erscheinenden Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sein, der voraussichtlich Mitte November im Kabinett behandelt werden soll (*wir berichteten*). Auch die Bundesregierung war in ihrem Bericht zu dem Ergebnis gekommen, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft hat. Die NAK ist ein Zusammenschluss von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen, des DGB und bundesweit organisierter Initiativen.

Die Einkommensarmut in weiten Teilen der Bevölkerung schafft nach Einschätzung des NAK-Schattenberichts eine millionenfache Nachfrage nach Billigprodukten und -arbeit. Weitere Armut sei die Folge. Wie der Sozialverband Deutschland (SoVD) seit langem, fordert auch die NAK u.a. gesetzliche Mindestlöhne und höhere Hartz-IV-Regelsätze.

Alarmierende Zahlen auch vom Statistischen Bundesamt

Auch das Statistische Bundesamt hat alarmierende Zahlen zum Armutsrisiko in Deutschland herausgegeben. Sie belegen, dass im Jahr 2010 12,8 Millionen Menschen so wenig Geld zur Verfügung hat-



Foto: ghfotografie / fotolia

Das größte Armutsrisiko hatten im Jahr 2010 alleinerziehende Mütter oder Väter und ihre Kinder.

ten, dass sie von Armut bedroht waren. Dies entspricht einem Anteil von 15,8 Prozent der Bevölkerung.

Als armutsgefährdet galt, wer monatlich weniger als 952 Euro zur Verfügung hatte. Wer nur einen Euro mehr hatte, wurde nicht zur Risikogruppe gerechnet. Das größte Armutsrisiko hatten in 2010 alleinerziehende Mütter oder Väter und ihre Kinder. Von ihnen waren 37,1 Prozent armutsgefährdet. Alarmierend hoch war auch die Quote bei den alleinlebenden Menschen unter 65 Jahren (36,1 Prozent). Die Armutsquote von Kindern unter 18 Jahren lag bei 15,6 Prozent. Bei älteren

Menschen ab 65 Jahren lag die Quote bei 14,2 Prozent. Frauen waren insgesamt häufiger von Armut betroffen als Männer: In der männlichen Bevölkerung lag der Anteil bei 14,9 Prozent, unter Frauen bei 16,8 Prozent.

SoVD-Präsident Adolf Bauer fordert Gegenmaßnahmen: Es sei ein Armutszeugnis, wenn Millionen Menschen in Deutschland nicht vernünftig heizen können, weil das Geld nicht reicht, sagte Bauer in einem Exklusivgespräch der Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung. „Ein wirksames Konzept gegen die Altersarmut und höhere Hartz-IV-Sätze wären erste wichtige Schritte.“

SoVD im Gespräch + SoVD im Gespräch +

Treffen zur Frauenpolitik in Bremen

Zu ihrem jährlichen Treffen kamen die Landesfrauensprecherinnen in Bremen zusammen. Im dortigen Berufsbildungswerk wurden sie von Geschäftsführer Gerd Meyer-Rockstedt herzlich begrüßt. Unter der Leitung von Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack tauschten sich die Frauen über die Arbeit in den Landesverbänden aus. Diskutiert wurde auch über das Betreuungsgeld, die Demografie-strategie der Bundesregierung und die Öffentlichkeitsarbeit der Frauen im SoVD. Bei einem Rundgang stellte Gerd Meyer-Rockstedt die Einrichtung vor und berichtete über die Arbeit des Berufsbildungswerkes.

Haushalt: Sparen um jeden Preis?

Die Bundesregierung plant, bis 2016 einen annähernd ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen und legte den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes vor. Dieser sieht unter anderem eine Kürzung von Zuschüssen in der gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung vor. Der SoVD ist alarmiert: Die massiven Einschnitte auf Kosten der Sozialversicherung könnten in der Folge dazu führen, dass Versicherte höhere Beiträge zahlen müssen oder weniger Leistungen erhalten. Der SoVD fordert den Bund deshalb auf, seiner finanziellen Verantwortung auch künftig in verlässlicher Weise nachzukommen.

Aktionsplan weist deutliche Lücken auf

Eine Anhörung des Europäischen Sozial- und Wirtschaftsausschusses widmete sich dem sogenannten Beschäftigungspaket. Mit diesem Aktionsplan der Europäischen Union soll die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Europa bekämpft werden. Nach Auffassung des SoVD beinhalten die Vorschläge jedoch kein überzeugendes Konzept zur nachhaltigen Verbesserung der Beschäftigungssituation. Die zuständige Referentin des SoVD-Bundesverbandes, Gabriele Hesseken, kritisierte insbesondere, dass darin keinerlei Aussagen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung gemacht werden.

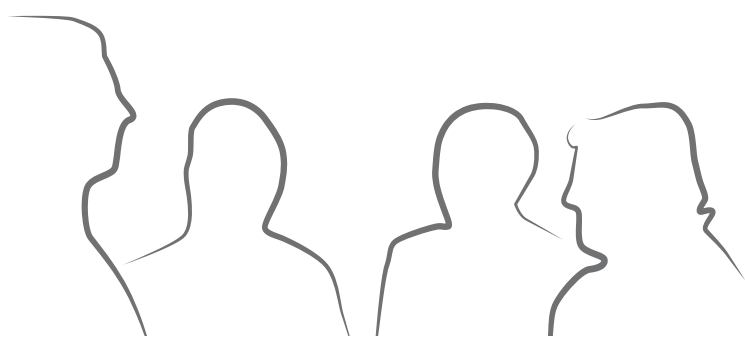


Foto: BBW Bremen

Bewundert die im Berufsbildungswerk Bremen geleistete Arbeit: Edda Schliepack (re.) mit Gerd Meyer-Rockstedt.